

II- 888 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 30. Mai 1972

No. 487/J

A n f r a g e

der Abgeordneten GLASER, DDr. KÖNIG, Dr. BLENK
und Genossen
an den Herrn Bundesminister für Inneres
betreffend Ausschreitungen in Salzburg am 20. und 21. Mai d. J.

Am 20. und 21. Mai d. J. kam es bekanntlich in Salzburg
anlässlich des Besuches von Präsident Nixon zu schweren
Ausschreitungen, für die in erster Linie sozialistische
und kommunistische Organisationen verantwortlich waren.

Nur dem besonnenen Verhalten und dem entschlossenen Einsatz
der Exekutive ist es zu danken, daß trotz massiver Gesetzes-
verletzungen letzten Endes rechtsstaatliche Verhältnisse
erhalten blieben und noch schwerere Folgen, wie sie offenbar
von einzelnen Gruppen beabsichtigt waren, verhindert werden
konnten.

Es sei nur darauf hingewiesen, daß die Exekutive am Salzburger
Flughafen 4 Kanister mit leicht brennbarer Flüssigkeit be-
schlagnahmte.

Es erhebt sich aber auch die Frage, ob das Mitführen von
Schlagstöcken - auch wenn sie mit roten Fähnchen getarnt sind -
bei einer Demonstration überhaupt gestattet ist.

Wie weit jene sozialistischen Abgeordneten, die zu diesen
Demonstrationen aufgerufen haben, für diese traurigen Ereignisse
mitverantwortlich sind, ist eine Frage, an deren restloser
Klärung die österreichische Bevölkerung brennend interessiert
ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn
Bundesminister für Inneres die

A n f r a g e :

- 1) Sind Sie bereit, den anfragenden Abgeordneten eine zusammenfassende Darstellung der schweren Ausschreitungen in Salzburg anlässlich des Besuches von Präsident Nixon zu geben?
- 2) Werden Sie geeignete Maßnahmen ergreifen, um in Hinkunft ausländische Staatsbürger daran zu hindern, in Österreich an politischen Demonstrationen teilzunehmen und damit in die innenpolitischen Verhältnisse unserer Republik einzugreifen?
- 3) Wieviele Beamte der Exekutive wurden bei diesen Ausschreitungen in Ausübung ihres Dienstes verletzt?
- 4) Gegen wieviele Personen wurden Strafanzeigen erstattet oder Verwaltungsstrafen verhängt?
- 5) Werden Sie gegen die Verantwortlichen jenes Flugblattes (Beilage) des Verbandes sozialistischer Studenten Österreichs, in welchem die Offiziere der Exekutive schwerstens beleidigt und verleumdet werden, Strafanzeige erstatten?

POLIZEI GEGEN DEMONSTRAN- TEN.

① Zum Zweck der Demonstration.

Die anlässlich des Nixon-Besuches in Salzburg durchgeführten Demonstrationen standen unter der zentralen Parole: "Für den Sieg der Indochinesischen Revolution!". Damit sollte klargestellt werden, daß nur der völlige und bedingungslose Abzug der Amerikaner aus Indochina und nicht das Diktat der US-Imperialisten die reale Grundlage für die Lösung des Vietnam-Problems darstellt.

Die Demonstrationen richteten sich klar gegen NIXON in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der amerikanischen Aggressionstruppen in Indochina; gegen NIXON als Exponenten der Politik des amerikanischen Kapitals, das diese Länder weiterhin in wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit halten und sie ausbeuten will.

Die Demonstrationen waren Teil einer neuerlichen internationalen Protestwelle gegen die jüngste, von den USA verfügte Eskalation des Vietnamkrieges.

In der Woche vor Pfingsten führte der VSStÖ eine Reihe von Veranstaltungen durch, die die Politik des US-Imperialismus anprangerten. (Filmabende, die Vietnamausstellung, ein Teach-In an der Universität). Das Österr. Indochina-Komitee, dem auch der VSStÖ angehört, führte eine große Flugblattkampagne durch. All dies sollte der Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, der breiten Information und Aufklärung über den tatsächlichen Charakter des Vietnamkrieges dienen. Mit unseren beschränkten Mitteln versuchten wir, ein Gegengewicht zur einseitigen und proamerikanischen Berichterstattung des ORF und der bürgerlichen Presse zu schaffen.

Aus all diesen Ausführungen wird klar, daß NIXON nicht als Person Ziel der Demonstrationen war. Die hysterische Angst um NIXON wurde bewusst hochgespielt, um Stimmung gegen die Demonstranten zu machen. Mit der "Sorge" um den "Schutz" und die "Sicherheit" des US-Präsidenten wurden alle möglichen Maßnahmen der Exekutive gerechtfertigt.

② Das Verhalten der Polizei.

Die Organisatoren der Indochina-Kampagne wurden ständig bespitzelt. Die Grenze wurde für Ausländer mit längeren Haaren und Bärten gesperrt, so daß Delegationen anderer Organisationen nicht einreisen konnten. (Die Insassen eines deutschen PKWs wurden mit entschärfter Pistole aus dem Wagen geholt, nur weil sie 2000 Flugblätter mit sich führten.)

Die für den 20.5. geplante und ordentlich angemeldete Demonstration war vom Alten Markt bis zum Flughafen angesetzt. In "Sorge" um NIXON untersagte die Polizei im letzten Augenblick die Demonstration ab der Schwedenstraße. Die Beschränkung der Demonstration auf das Stadtgebiet und die von der Exekutive kurzfristig verfügte "Banneile" sollte die Demonstration völlig ihres symbolischen Gehalts entkleiden, der sich gegen NIXON als Repräsentanten des US-Imperialismus richtete. Es sollte damit die Artikulation eines Standpunktes verhindert werden, der deutlich zu machen versuchte, daß NIXONS Vietnam-Politik keineswegs - und nicht einmal in Salzburg - auf ungeteilte Zustimmung hoffen darf. Durch diese Aktion versuchte die Polizei, nur Jubler zum Flugplatz zu lassen, die NIXON wohlwollend empfangen sollten. Mit ihrer Strategie zielte die Polizei von vornherein auf eine Illegalisierung und Kriminalisierung der Demonstration ab.

DIE BESCHRÄNKUNG DER DEMONSTRATION BEDEUTETE EINE KLARE BESCHNEIDUNG DES DEMOKRATISCHEN GRUNDRECHTS AUF FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG UND SPIELTE SINE EINDRÜTLICHE PROVOKATION GEGENÜBER DEN TEILNEHMERN DER DEMONSTRATION DAR

③ Die Ereignisse am Flughafen.

Der spontane Verlauf der Demonstrationen nach ihrer offiziellen Auflösung in der Postenstraße stellte die Exekutive - und Salzburg gleich an diesen Tagen einen Neuzugler - vor Probleme, denen sie sich nicht gewachsen zeigte. Zu den schwersten und brutalsten Übergriffen der Polizei kam es, als die Demonstranten wider alles Erwarten bis an die Rollbahn vorgeedrungen waren. Ohne Vorwarnung prügelte die Polizei wild auf die bis dahin friedlichen Demonstranten ein.

Es stimmt nicht, daß die Polizei mit den Demonstranten verhandelte. Sie forderte sie lediglich auf, zwanzig Schritte zurückzutreten - wie sich Sekunden später herausstellen sollte nur zu dem Zweck, sich ohne Behinderung zum Angriff forzieren zu können. Wie den gezeigten TV-Filmen deutlich zu entnehmen ist, ging die Polizei mit erhobenem Knüttelpalm gegen die friedlich anstehenden Demonstranten vor. Versuche (SW vom 21.5.), dies als einen Akt der Selbstverteidigung darzustellen, müssen als plumpe Fälschung bezeichnet werden.

Noch deutlicher wird das brutale Vorgehen der Exekutive aus der Bilanz der Verletzten: Neben den 25 - 30 Personen, die sonniäre Hilfe in Anspruch nehmen mußten, gibt es eine doppelt so hohe Dunkelziffer an leicht Verletzten, die dem Zugriff der Polizei entkommen konnten. Noch Stunden nach dem "Angriff" der Exekutive lagen Demonstranten verletzt in den umliegenden Feldern. Opfer des Polizeieinsatzes waren vor allem Mädchen, die sofort nach dem ersten Schlag auf den Kopf zu Boden fielen und weiter mit den Knütteln bearbeitet wurden.

Die Schuld an diesen Ausschreitungen trifft aber vorrangig nicht die einfachen Polizisten - manche gebrachten ihre Schlagstöcke nicht - sondern ihre Anführer. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, daß jene Offizierschicht, die heute kommandiert, im austrofaschistischen Ständestaat ausgebildet und schon damals im Einsatz gegen Sozialisten "gehärtet" wurde. Sie war später im Hitlerschen Verbrechenstaat gegen die Demokratie eingesetzt und arbeitete danach mit den Besatzungsmächten zusammen. Heute soll sie demokratische Schutzfunktionen übernehmen - eine Aufgabe, die sie sichtlich überfordert.

Gegen die Bürgerwehren.

Um die Stimmung gegen die Demonstranten anzukücheln, organisierte die FPÖ - unter öffentlicher Duldung - sogenannte "Bürgerwehren". Hier tat sich besonders der BfS (Bund Freiheitlicher Studenten) hervor. Dieses Vorgehen erinnert stark an die Privatarmeen der ersten Republik ("Habsburgerhinzler"), und insbesondere an die faschistischen Kräfte der SA, die schon damals selbstverständlich nur "Schutzfunktionen" ausüben vorgegeben hat. Daß diese "Bürgerwehren" so selbstverständlich mit der Exekutive zusammenarbeiten konnten, und von der Berichterstattung in den Salzburger Tageszeitungen mit Angabe von Telefonnummern und dem Hinweis auf die angebliche "Heimatstätte" der Demonstranten noch unterstützt wurden, wirft ein bezeichnendes Licht auf eine politische Situation, die noch immer von blindem Antikommunismus, kaltem Krieg und der Angst vor der "roten Katze" geprägt wird.

Für eine aktive Neutralität.

Während in den USA die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung eine Fortsetzung des Aggressionskrieges in Indochina strikt ablehnt, während in fast allen Ländern der westlichen Welt sich die Abscheu über diesen Krieg in fast täglichen Protesten äußert, und während sich etwa in den skandinavischen Ländern Regierungen und Parlamente unmissverständlich gegen die US-Aggression ausgesprochen haben, stellt Österreich eine der letzten Bastionen der Verteidiger der amerikanischen Kriegspolitik dar. Die Bundesregierung muß endlich Stellung gegen die Schuldigen beziehen!

ES WAR NOTWENDIG UND ERFOLGEREICH, DEN IN SALZBURG VERSAMMELTEN VERTEIDIGERN DER WEIßRÖSENLEIBHEIT DEUTLICH ZU MACHEN, DASS ÖSTERREICHISCHE KRÄFTE IN ÖSTERREICH GEGEN DEN IMPERIALISMUS AUFTRETEN UND NICHT GEMISCHT SIND, SICH DEN PROIMPERIALISTISCHEN INTERESSEN DES ÖSTERREICHISCHEN KAPITALS UNTERZUGEBEN!!!

Büchsenher, Hög., Verleger u. Vervielfältiger: VESTO Salzburg, F.d. Inhalt verantwortlich: Fritz Weber, Beise: 5020 Sbg., Konrad-Laib-Str. 10